

Hochrechnungen: Front National geht bei Regionalwahlen leer aus

STEFAN BRÄNDLE AUS PARIS

185 POSTINGS

13. Dezember 2015, 21:40



foto: reuters/kessler
Front-National-Anhänger in Metz.



foto: apa/afp/bouhet
Auszählung auf La Reunion.

Marine Le Pen und Marion Marechal-Le Pen unterlagen konservativem Kandidaten – Das regierende Linkslager hält Sarkozys Offensive besser als erwartet stand

Frankreichs Wähler zeigten sich flexibel. Im ersten Durchgang der Regionalwahlen vor einer Woche hatten sie den Front National (FN) zur stärksten Partei gemacht; knapp dahinter folgten die konservativen Republikaner von Ex-Präsident Nicolas Sarkozy. Bei der Stichwahl von Sonntag drehten sie den Spieß um: Dank einer beträchtlichen Mobilisierung – die Stimmbeteiligung stieg um fast zehn Prozentpunkte – obsiegt die Gegenkandidaten der Frontisten in allen dreizehn Regionen. Und die Linke machte ihren Rückstand auf die bürgerliche Rechte weitgehend wett. Je sechs Regionen gehen an die Rechte und Linke, während in Korsika die Autonomisten die Mehrheit des Regionalrates erringen.

In der Region Nordfrankreich verlor Marine Le Pen mit 42 Prozent gegen den Konservativen Xavier Bertrand, der vom Rückzug der Sozialisten nach dem ersten Wahlgang profitierte. In der Region der Côte d'Azur, Provence und der Südalpen verlor Marion Maréchal-Le Pen mit 45 Prozent; in Ostfrankreich – inklusive Elsass – blieb der FN-Vize Florian Philippot mit 36 Prozent klar hinter dem Konservativen Philippe Richert (48 Prozent), obwohl der Sozialist Jean-Pierre Masseret (15 Prozent) in dieser Region gegen die Weisung der Parteidirektion ebenfalls zur Wahl angetreten war.

Bleicher Sarkozy

Auf alle Regionen gerechnet gelang es Republikanern indessen nicht, mit ihren Parteifarben eine "blaue Welle" zu inszenieren. Das Sarkozy-Lager gewann zwar wahrscheinlich wichtige Regionen wie den Großraum Paris sowie Auvergne-Rhône Alpes mit der Metropole Lyon, musste aber zulassen, dass die Sozialisten im Westen – Bretagne und Aquitanien – ihre Positionen behaupten konnten. Sarkozy wirkte in seinem Fernsehauftritt abgekämpft und bleich; nachdem er offen um die Stimmen der FN-Wähler für die Stichwahl gebuhlt hatte, erklärte er dem staunenden Fernsehpublikum, er gehe "keine Konzessionen mit den Extremen" ein.

Noch verblüffender äußerte sich Marine Le Pen, erklärte sie doch rundweg, ihre Wähler hätten sich über die skandalösen Wahllappelle der Gegner hinweggesetzt. Das Gegenteil ist der Fall: Die bürgerlichen und linken Parteien legten nach eindringlichen Aufrufen ihrer Parteispitzen stimmenmäßig zu; die FN-Kandidaten hatten ihr Stimmenpotenzial hingegen offensichtlich schon nach dem ersten Wahlgang ausgeschöpft.

"Keinerlei Erleichterung"

Der sozialistische Premierminister Manuel Valls, der sich zu den Siegern dieser Stichwahl zählen durfte, erklärte, er verspüre "keinerlei Erleichterung oder Triumphgefühl", denn die Gefahr des FN sei "nicht beseitigt". Genau ein Monat nach den Terroranschlägen verlangten die Bürger mehr Sicherheit und keine politischen Wagnisse, fügte er an. Noch am Wahlwochenende hatte Valls am Radio davor gewarnt, "für eine antisemitische, rassistische Partei" zu stimmen, die das Land zu spalten und in einen "Bürgerkrieg" zu stürzen drohe.

Mit dieser bewussten Dramatisierung des Wahlgangs verteidigte sich der Vorsteher der Linksregierung auch gegen Vorwürfe von rechts, die Sozialisten hätten den Vormarsch der Frontisten bewusst gefördert, um die Republikaner zu schwächen. Nachträglich erweist sich der Rückzug von sozialistischen Kandidaten in zwei umstrittenen Regionen als ein geschickter Schachzug, der ihnen bei späteren Wahlen ein moralisches Argument verleiht.

Hollande legt zu

Den Sozialisten, die ortsweise mit den Grünen und Kommunisten antraten, kam zweifellos auch die wiedergefundene Popularität ihres Präsidenten zugute. François Hollande hatte schon nach den Terroranschlägen von Paris mehr als 20 Sympathiepunkte zugelegt; am Samstag konnte er sich zudem als strahlender Gastgeber der Klimakonferenz von Paris präsentieren.

Die Präsidentschaftswahlen von Mitte 2017 – für die die Regionalwahlen ein letzter Stimmungstest waren – scheinen damit offener denn je. Nur Marine Le Pen hat ihre Grenzen aufgezeigt bekommen. Sarkozy wird sich einer wachsenden internen Opposition stellen müssen. Hollande scheint auf der Linken plötzlich wieder unbestritten, sofern ihm Valls in den Meinungsumfragen nicht zu gefährlich wird.

Territorialreform

Regionale Wahlthemen hatten es in dem Wahlkampf sehr schwer; sie wurden überschattet von den Terroranschlägen, der Wirtschaftskrise und der FN-Thematik. Auch verfügen die Regionen nur über wenige Kompetenzen im Bereich Mittelschul-Bau, Berufslehre, öffentlicher Verkehr und Förderung lokaler Firmen. Zu wählen waren insgesamt 1757 Regionalräte. Sie werden in den kommenden Tagen die Vorsteher der Regionalparlamente wählen. Nach einer Territorialreform von 2014 gibt es in Frankreich noch 13 Regionen; bisher waren es 22 gewesen. Die größte Region ist die "Ile-de-France", das heißt der Großraum Paris mit zwölf Millionen Einwohnern. Die zweitgrößte ist Auvergne-Rhône-Alpes mit der Metropole Lyon, die fast acht Millionen Einwohner zählt. (Stefan Brändle aus Paris, 13.12.2015)

SITELINK



Aberdeen: Aufstieg der Maschinen

Die enorme Entwicklung bei der Automatisierung von Produktionsstätten bietet Anlegern viele Chancen.



BEZAHLTE ANZEIGE

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2015

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

.